

# Dresdner Journal.



**Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.**  
Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Zeitweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Rechnungslisten der Verwaltung der K. S. Staatsschulden und der K. S. Land- und Landeskulturzentrenbank-Verwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landes-Brandversicherungsanstalt, Übersichten des K. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparcassen, Grundbesitzliche Entscheidungen des K. S. Landesversicherungsamts, Verlaufsliste von Holzplätzen auf den K. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 132.

Mittwoch, 11. Juni

1913.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.  
Erscheint: Werktags nachmittags. — Preisnehmer: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingefandt) 150 Pf. Freiermächtig auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Das englische Unterhaus hat gestern die Homerulebill angenommen.

Der französische Senat hat gestern den von seiner Kommission ausgearbeiteten Wahlreformentwurf angenommen.

Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, wollen die Mächte durch ihre Vertreter in Sofia, Belgrad und Athen noch einmal eine ernste Mahnung zur friedlichen Schlichtung der schwebenden Streitfragen aussprechen lassen.

Auf den Festzug zur Gedächtnisfeier des portugiesischen Dichters Camoens in Lissabon wurde ein Bombenanschlag verübt. Eine Anzahl Personen, darunter der Urheber des Anschlags, wurden verletzt.

## Amthlicher Teil.

### Anleihe der Stadt Zwickau.

Der Stadt Zwickau ist die Genehmigung erteilt worden, für die unter dem 25. Mai 1913 genehmigte Anleihe im Nennwerte von 5 Millionen M. Schuldverschreibungen auf den Inhaber auch in Abschnitten von 3000 und 2000 M. nach Maßgabe des veränderten Anleiheplans auszugeben. 417b II G  
Dresden, den 3. Juni 1913. 4222

### Die Ministerien des Innern und der Finanzen.

### Ernennungen, Versetzungen etc. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen. Forts-Verwaltung. Beförderung: Vohse, Höfster auf Weißiger Weibler.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Ankündigungsteile.)

## Nichtamtlicher Teil.

### Vom Königlichen Hofe.

Dresden, 11. Juni. Se. Majestät der König begab sich mit Sonderzug früh 8 Uhr 56 Min. ab Dresden-Reustadt zur Parade der 4. Division Nr. 40 nach Zeitz und kehrte 1 Uhr 3 Min. nachmittags hierher zurück.

Dresden, 11. Juni. Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Johann Georg sind heute vormittag in Begleitung Ihrer Erzherzogin der Frau Oberhofmeisterin Freiin v. Fina, des Hofmarschalls Frhrn. v. Berlepsch und des persönlichen Adjutanten, Hauptmann v. Woydort, nach Leipzig bez. Bad Elster abgereist. In Leipzig werden die Höchsten Herrschaften einige Abteilungen der Internationalen Bauausstellung und das Stadtmuseum besuchen und um 5 Uhr die Reise nach Bad Elster fortsetzen, wo die Ankunft 8,50 abends erfolgt. Hier werden Ihre Königl. Hoheiten im Palasthotel „Wettiner Hof“ Wohnung nehmen.

Morgen vormittag werden die Höchsten Herrschaften verschiedene Einrichtungen in Elster besichtigen, wobei Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin auch dem Reichshaus und dem Schwefelstein einen Besuch abstatten wird.

¼ 12 Uhr wohnen die Höchsten Herrschaften der feierlichen Enthüllung des Standbildes Sr. Majestät des Königs bei und werden 2,45 Uhr die Rückreise nach Dresden antreten.

## Deutsches Reich.

### Die Wehrvorlage.

Wie „Wolffs Telegraphisches Bureau“ mitteilt, ist die Meldung verschiedener Blätter, daß Verhandlungen zwischen den Fraktionen über die Deckung der dauernden Ausgaben der Wehrvorlage stattfinden, in dieser Form unrichtig. Wichtig ist, daß zurzeit unverbindliche Besprechungen zwischen leitenden Persönlichkeiten der verschiedenen Fraktionen stattfinden, die den Zweck verfolgen, eine Verständigung anzubahnen.

## Reichstag.

Sitzung vom 10. Juni 1913.

Am Tische des Bundesrats Delbrück, v. Heeringen, Kühn. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 3 Minuten.

Auf der Tagesordnung standen zunächst Anfragen.

Abg. Dr. Liebert (Soz.) fragte:  
„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß vor einigen Tagen der Bergmann Ignaz Jakubik aus Myslowitz, ein deutscher Staatsangehöriger, in dem russischen Grenzort Rista von den russischen Behörden verhaftet und wegen der von ihm für den obersteleichen Bergarbeiterstreik betriebenen Agitation im Verwaltungswege — angeblich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit (Katorga) — verurteilt worden ist? Was hat der Herr Reichskanzler bisher zum Schutze dieses deutschen Staatsangehörigen dagegen getan? Was gedenkt der Herr Reichskanzler in dieser Angelegenheit weiter zu tun?“

Wirklicher Geheimer Legationsrat Lenge: Im Auftrage der Reichsleitung beehre ich mich, folgendes zu antworten: Das Auswärtige Amt hat von der Verhaftung des preussischen Staatsangehörigen Bergmanns Jakubik durch Zeitungsnachrichten etwa um dieselbe Zeit Kenntnis erhalten, als ihm die jetzige Reichstagsanfrage zugeht. Darauf sind sofort durch den preussischen Grenzkommissar in Warschau nähere Erkundigungen über den Vorfall eingeleitet worden. Nach den eingegangenen telegraphischen Berichten hat der Bergarbeiter Jakubik gegen eine russische Gouvernementsverordnung verstoßen, indem er entgegen dieser Verordnung in Rußland Gelder für Streikzwecke sammelte. Infolgedessen ist er in dem russischen Grenzort Rista verhaftet und ein Verfahren gegen ihn eingeleitet worden, das voraussichtlich in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen und für Jakubik keine andere Folge als die Ausweisung haben wird. Für mögliche Verschleppung des Verfahrens ist diesseits Sorge getragen. Eingehende schriftliche Berichte stehen noch aus.

Abg. Dr. Herzig (El. B.) fragte: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß unter dem Namen Malzwein in jüngster Zeit ein Produkt in den Verkehr gebracht worden ist, das sich als eine täuschende Nachahmung von Wein darstellt? Was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese Verfehlung der Konsumenten und schwere Gefährdung des Weinbaues und des vollen Weinhandels zu tun?“

Direktor im Reichsamte des Innern v. Jonquieres: Die Herstellung dem Weine ähnlicher Getränke aus Malzabzügen und ihre Bezeichnung als „Malzwein“ ist nach § 10 des Weingehetzes an und für sich zulässig. Es ist nun in letzter Zeit bekannt geworden, daß mit veräugelten Getränken Mißbrauch getrieben wird. Verurteilungen wegen falscher Bezeichnung solcher Erzeugnisse und wegen Verfälschung von Traubenwein durch Zusatz von Malzwein haben in mehreren Fällen stattgefunden. Die Frage, ob besondere Maßnahmen zum Schutze des Verbrauchers, des Weinbaues und des Weinhandels geboten sind, beschäftigt die zuständigen Stellen.

Darauf begann das Haus die zweite Beratung der Wehrvorlagen.

Die Diskussion wurde zunächst eröffnet über den Artikel 1 der Vorlage und der Kommissionsbeschlüsse. Die Kommission hat die geforderte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke bis auf einen Abbruch von 15 Eskadrons (3 von den 6 neu geforderten Kavallerieregimentern) bewilligt; ein Antrag Wassermann will auch hier die Forderung der Vorlage in vollem Umfange genehmigen. Mit zur Erörterung gestellt wird ein großer Teil der von der Kommission zu der Vorlage beschlossenen Resolutionen.

Berichterstatter Graf Edler Herr v. Büttig hebt aus den Verhandlungen der Kommission hervor, daß der überwiegende Teil der Kommission anerkannt habe, daß die in der Begründung der Vorlage betonte politische Lage ein Grund zur Einbringung der Vorlage gewesen ist, ebenso herrsche auch bei dem weitest größten Teil der Kommissionsmitglieder kein Zweifel, daß genügendes Menschenmaterial vorhanden ist, um den durch die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke erforderlichen Bedarf zu decken.

Abg. Koste (Soz.): Die Parteien, die gestern Abend feierliche Erklärungen abgegeben haben, zeigen, daß der Glaube an eine Gefährdung des Reichs, von der sie früher sprachen, zu schwinden scheint. Für sie besteht jetzt nur noch die Gefahr, daß sie selber zu den Kosten beitragen müßten. Die Verantwortung ist abgestuft, weil die Ursachen für die Friedensverhältnisse aus dem Gebiete des Rüstungswesens erkannt sind. Es ist nicht wahr, daß Deutschlands Sicherheit von irgendeiner Seite aus ernstlich bedroht worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.). Niemanden sehen wir drohende Gewitterwolken und für die Regierenden „hängt der Himmel voller Geigen“. (Sehr gut!) Bei rauschenden Festen, die mit unglaublich verschwenderischer Pracht gefeiert werden, während Hunderttausende nicht satt Brot zu essen haben, waren die Herrscher der großen Staaten vereint. Wir Sozialdemokraten sind nicht geneigt, die Bedeutung von Fürstentum und Königtum zu überschätzen. Aber die Aufnahme des Königs von England und auch diejenige des Zaren haben gezeigt, daß die Ereignisse auf dem Balkan eine Verschiebung des europäischen Machtverhältnisses nicht bedeuten. Der Gedanke an eine deutsch-englische kriegerische Auseinandersetzung war immer bahntwisch. Dem Kanzler sprechen selbst wir die Anerkennung aus, daß er sich für die Besserung dieser Verhältnisse eingesetzt hat. Um so bedauerlicher ist es, daß aus Anlaß der Churchill-Rede — England will die drei in Canada abgelehnten Schiffe selbst bauen, mit denen von jeher gerechnet worden ist — die kapitalistische Presse eine ungeheure Kriegsbegeisterung entfacht hat. Die slawische Gefahr besteht nicht, die großen Menschenverluste in diesen Kriegen sind nicht so leicht wieder auszugleichen. Da nun von Open her keine Gefahr mehr droht, wird ein Frontwechsel vorgenommen, und es so dargestellt, als ob uns von Westen her eine Gefahr entsteht. Es besteht aber die Tatsache, daß das Volk in Frankreich Angst hat vor einem deutlichen Angriff, und dies ist auch der Grund der Einführung

der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich. Von dieser Seite droht und also trotz einiger chauvinistischer Äußerungen in einer gewissen Presse auch keine Gefahr. Dies hat auch die Konferenz in Bern bewiesen, zu der leider die bürgerlichen Parteien trotz ihrer Forderung nicht erschienen sind. Bei Beginn der Kommissionsberatung über die Wehrvorlagen haben die Sozialdemokraten die Worte an das Auswärtige Amt gerichtet, daß dieses den Versuch mache, mit den anderen Staaten zu einem Übereinkommen betr. allmähliche Abrüstung zu gelangen. Aber nichts ist geschehen. Als von einem anderen Staate die Abrüstung angetregt wurde, da hat die deutsche Regierung sich ablehnend verhalten. Das hat in der ganzen Welt den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht und überall Mißtrauen gegen Deutschland wachgerufen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichstag sollte beschließen, die Beratung der Wehrvorlage auszusetzen, bis die Regierung sich bereit erklärt, in Abrüstungsverhandlungen mit anderen Ländern einzutreten. Leider kann man bei den bürgerlichen Parteien auf eine solche Stellungnahme nicht rechnen. Jetzt, wo man 120 000 Rekruten mehr gebraucht, sollen sich die Leistungsverhältnisse verblüffend gebessert haben, dennoch bleibt die Lastfrage bestehen, daß 41 bis 42 Proz. aller jungen Leute körperlich untauglich sind. Dies ist auf den mangelhaften Fortschritt der Sozialpolitik zurückzuführen, so hinsichtlich der Wohnungsreform, des Böhmerinnenschutzes und des Jugendschutzes. Schließlich müssen wir doch zu dem Militärsystem übergehen, zur Schaffung eines Volksherees, das zur Verteidigung des Landes ausreicht. Die Tatsache, daß von der Kommission drei Kavallerie-Regimenter gestrichen worden sind, gibt nicht im geringsten Anlaß zu der Befürchtung, daß unsere Grenzen nicht genügend geschützt seien, da die Heeresverwaltung die Mittel für weiteren Ausbau der Festungen erhalten hat. Mit dem rein Parademäßigen bei der Ausbildung der Soldaten müßte allmählich aufgeräumt werden. Die Zeit in den Kasernen wird geradezu vergeudet und die Revoluzzer des Unteroffizierskorps rüht hauptsächlich von dem vielen überflüssigen Krampf her, den sie den jungen Leuten beibringen müssen. Gegen die allgemeine Einführung der zweijährigen Dienstzeit zugunsten des Einjährigendienstes wird geltend gemacht, daß man den Söhnen der besitzenden Klassen nicht zumuten könne, zwei Jahre in der Kaserne zuzubringen. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Wir verlangen Aufhebung des Einjährigprivilegs und allgemeine Verfestigung der Dienstzeit. Die Vermehrung der Kavallerie wird wieder zu einer kostenmäßigen Abschließung dieser Regimenter führen, als Schlachttruppe ist die Kavallerie ganz ausgegliedert. Um seine Forderungen durchzusetzen, ist nun der Kriegsminister dazu gekommen, die Kavallerie als Auge und Arm des Feldherrn zu bezeichnen. An Stelle der Kavallerieregimenter wäre eine Vermehrung des Fliegerwesens und der Lenkbalkons zu empfehlen. Die patriotischen Unternehmer versehen heute ja das Ausland, namentlich Rußland, mit Flugapparaten, von denen herab Bomben auf deutsche Städte geschleudert werden können. Die Zeppelinische Erfindung wird leider nicht dazu angewendet, die Völker zu verbinden, sondern zu vernichten. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Militärverwaltung hat noch nicht den Befähigungsnachweis erbracht, daß sie die Flugzeuge auch gut und richtig zu verwenden versteht. Nach dem Beispiel von Krupp sucht eine Flugzeugfabrik einen ehemaligen Offizier mit guten Verbindungen als Vertreter. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Atlas-Werke machen ein gutes Geschäft. Das liegt jedenfalls an der Zusammenlegung ihres Aufsichtsrats: zu ihm gehört z. B. der konservative Abgeordnete v. Böhlendorff-Röding, (Hört, hört! bei den Soz.), der freikonservative Landtagsabgeordnete Freiherr v. Zedlitz (Hört, hört!), und das Mitglied des Reichstags Graf Bosadovsky. (Erneute Zurufe). Da ist wohl die Frage am Platze: Wer hat den Herren die Versicherung gegeben, daß große Bestellungen mit reichem Gewinn in sichere Aussicht gestellt werden können? Haben Verhandlungen zwischen diesen Herren und der Regierung stattgefunden? Eine Beantwortung dieser Frage liegt im Interesse der Reinhaltung der politischen Moral, da die Herren sonst in den Verdacht kommen könnten, ihr Amt mißbraucht zu haben. (Unruhe; Zuruf bei den Sozialdemokraten: Korruption.) Vizepräsident Dobe: Dieser Zwischenruf ist unzulässig, er enthält schon ein Urteil, und es geht nicht an, Mitgliedern den Vorwurf zurück! — Bravo! rechts.) Die ganze Heeresvorlage wird dazu ausgenutzt, die Anwartschaftsverhältnisse zu verbessern. Mit der Schaffung der von liberaler Seite gewünschten Feldwebellieutenants können wir und nicht einverhanden erklären, um nicht wieder eine von den Offizieren abgeperrte Proletariatsklasse zu errichten. Die den Unteroffizieren weiß man schließlich nicht, wo man sie als Militärwärter unterbringen soll; andererseits aber fehlt es an genügenden Ärzten und medizinischen Hilfsmitteln für den Fall eines Krieges. Mit dem Schmiergeldunwesen bei Abnahme militärischer Ausrüstungsstücke sollte endlich ernsthaft aufgeräumt werden. Auch sollte die Militärverwaltung mehr kaufmännischen Geist betätigen, und sich nicht so häufig bei Anlauf von Grundstücken u. über den Löffel barbieben lassen. Die Verbeihaltung des Gardekörps, diese Bevorzugung einzelner Truppenteile, bedeutet geradezu eine Gefahr. Bei dem Militärboykott werden die Sozialdemokraten auf eine Stufe gestellt mit Dirnen und Zuhältern. (Lebhaftes Zurufe bei den Soz.) Das hat uns der Kriegsminister direkt ins Gesicht gesagt. (Lebhaftes Entrüstungs- und Puirufe.) Vizepräsident Dr. Baasche bittet, diese Zurufe zu unterlassen. Die Zurufe werden von neuem noch lebhafter wiederholt. Vizepräsident Dr. Baasche bittet nochmals, diese Zurufe zu unterlassen. Zuruf bei den Soz.: Dann soll der Kriegsminister sein Wort zurücknehmen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.). Wir werden das der Militärverwaltung nicht vergessen. Wir werden in tausenden von Versammlungen darauf zu sprechen kommen, daß es dem